



Stadt Dülmen  
Frau Bürgermeisterin Lisa Stremlau  
Rathaus

48249 Dülmen

Dülmen, den 13.06.2010

**Antrag** der

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stremlau,

Zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellt die **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** nachfolgenden Antrag und bittet um Aufnahme in die Tagessordnung.

Die Versammlung der Stadtverordneten möge nachfolgenden

**Appell**

beschließen:

**Regionalplan Münsterland einhalten**

1. Die Versammlung der Stadtverordneten der Stadt Dülmen appelliert an den Kreis Coesfeld und die Bezirksregierung das Genehmigungsverfahren um die beabsichtigte Errichtung einer Mülldeponie in Dülmen-Rödder auszusetzen.
2. Kreisverwaltung und Bezirksregierung werden gebeten, unter Heranziehung der Stellungnahmen des BUND vom 10.05.2010 und 01.03.2010 das absolute Erfordernis der Einrichtung einer Deponie der Klasse I in Dülmen-Rödder unter anderem unter Berücksichtigung der regionalen Aspekte, wie Anlieger, Wohnbebauung und Lage erneut und umfassend zu prüfen. Die Prüfung soll sich ausdrücklich auch auf eine mögliche Vermeidung der Deponie erstrecken.
3. In die Prüfung ist die Bevölkerung durch ausführliche und umfassende Information und Anhörung einzubeziehen.
4. Dem Natur- und Artenschutz ist auch mit Rücksicht auf die Anlieger Vorrang einzuräumen.

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Postanschrift:  
Markt 1-3 (Rathaus)  
48249 Dülmen

Es schreibt Ihnen:

**Wolfgang M. Müller**

Fraktionssprecher

**Telefon:** 02594 12-805

**Fax:** 02594 12-815

**Mobil:** 01525 316 1620

**Mail:** [fraktion@gruene-duelmen.de](mailto:fraktion@gruene-duelmen.de)  
Sprechstunden nach Vereinbarung

## Begründung

In der Sitzung des Bauausschusses am 18.3.2010 und in der Versammlung der Stadtverordneten am 25.3.2010 sind von Bündnis90/Die Grünen und einigen anderen Stadtverordneten erhebliche Bedenken gegen die Errichtung der Deponie vorgetragen worden und die SV 01472010 von ihnen abgelehnt worden. Es wurde dabei auf die Stellungnahme des BUND vom 01.03.2010 hingewiesen, die bereits wesentliche Vorbehalte enthielt und aufgrund derer die Aussetzung des Planungsbeschlusses (SV 024/2010) verlangt wurde.

Dem ist die Versammlung der Stadtverordneten seinerzeit mit großer Mehrheit nicht gefolgt. Inzwischen sind durch die weitere Stellungnahme des BUND vom 10.05.2010 weitere Fragen und Sachverhalte zu Tage getreten, die zumindest eine vorübergehende Aussetzung mit anschließender sorgfältiger erneuter Prüfung angezeigt sein lassen.

Das Ausmaß des Vorhabens ist in der SV 024/2010 offensichtlich nicht in ausreichendem Masse transparent gemacht worden. So fehlte der Hinweis auf 135 gefährliche Abfallarten, die in der geplanten Deponie abgelagert werden sollten. Mit einem Gesamtvolumen von 860.000 m<sup>3</sup> dürfte sich darüber hinaus das Landschaftsbild deutlich verändern. Die beabsichtigten Bepflanzungen dürften daran kaum etwas ändern.

Eine Unterrichtung der Einwohner wie sie §23 der Gemeindeordnung vorsieht, fehlte gänzlich. Die öffentliche Bekanntmachung und die Veröffentlichung in der Presse waren so spärlich, dass das ganze Ausmaß des Vorhabens für den betroffenen Laien nicht erkennbar ist und des halb Einwände gegen die erst jetzt bekannten Sachverhalte nicht erhoben werden konnten. Die Stellungnahme des BUND gibt dazu eine äußerst beschämende Einschätzung.

Dieser Eindruck muss im Interesse des Bürgerfriedens durch eine qualifizierte Bürgerbeteiligung dringend berichtigt werden.

Nach alledem sind der Appel und die Handlungsaufforderungen dringend geboten.

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Wolfgang Müller, Fraktionssprecher

